

Ltg.-341/K-1/1-2009

Betrifft

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974.

B e r i c h t
des
RECHTS- UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSSES

Der Rechts- und Verfassungs-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. September 2009 über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 beraten und folgenden Beschluss gefasst:

Der Gesetzentwurf wird laut beiliegendem Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Mag. Renner, Mag. Wilfing und Findeis geändert und in der geänderten Fassung angenommen.

Begründung

Der Hinweis auf die Verschwiegenheitspflicht in § 95 Abs. 2 i.V.m. § 91 Abs. 2 NÖ KAG ist als Klarstellung zu verstehen, dass individuelle Aussagen über konkrete PatientInnen und/oder deren Angehörige niemals ohne entsprechender Anonymisierung und Verhinderung der Nachvollziehbarkeit in Tätigkeitsberichten aufscheinen dürfen.

HAUER
Berichterstatter

Dr. MICHALITSCH
Obmann